Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 3054/55.

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 8 gültig vom 1. 1. 35).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 16 | Donnerstag, den 17. Januar 1935 | Jahrgang 1935

Saarentscheidung in Genf erst heute

Zerstörung von Bahnanlagen und Brücken vor der Rückgliederung? – Die Vorschläge des Völkerbundsrates nach Berlin übermittelt.

Das Saargebiet soll erst „entmilitarisiert" werden!

Die Ratssitzung von Mittwoch überraschend auf Donnerstag nachmittag verschoben.

× **Genf**, 16. Januar.

Die für heute nachmittag 4 Uhr angesetzte Ratstagung ist auf Donnerstag nachmittag verschoben worden. Dies erregte hier zunächst erhebliche Verwunderung und Ueberraschung. Es verlautete in Völkerbundskreisen, daß gewisse Schwierigkeiten entstanden seien und daß man von neuem über den vorzulegenden Bericht verhandele, und zwar auch mit Deutschland. Bisher hatte man hier in manchen Kreisen des Völkerbundes so getan, als ob es völlig genüge, heute die grundsätzliche Entscheidung über die spätere Souveränität im Saargebiet zu treffen, die Feststellung des Zeitpunktes der Rückgliederung und vieles andere aber zu verschieben. Später erfuhr man, daß der Dreierausschuß für die Saar am späten Nachmittag eine Sitzung abhielt, in der Baron Aloisi mitteilte, daß der Bericht an den Völkerbundsrat in eine neue Form gebracht worden sei.

Noch später wurde bekannt, daß die vom Dreierausschuß ausgearbeiteten Vorschläge der Ratsmächte durch den deutschen Konsul zur Prüfung nach Berlin gegeben worden seien und daß man eine Antwort bis Donnerstagmittag erwarte. Ferner erfuhr man, daß in der morgigen Sitzung des Rates die grundsätzliche Frage der Rückgliederung der Saar nach Deutschland gleichzeitig mit der Festsetzung des Zeitpunktes geregelt werden soll.

Es würde also keine Trennung dieser Fragen mehr stattfinden. Als Zeitpunkt der Rückgliederung soll, wie von französischer Seite versichert wird, der 1. März in Aussicht genommen sein. Jedoch wird hinzugefügt, daß der Zeitpunkt in der Annahme in Aussicht genommen worden ist, daß bis dahin alle noch ausstehenden Fragen geregelt sind.

Wie man weiter hört, wird der französische Außenminister Laval, wenn es zu einer Einigung kommt, Donnerstag im Völkerbundsrat keine eigentliche Rede halten, sondern nur eine kurze Erklärung abgeben, die zugleich eine Antwort auf die Rede des Führers bildet.

Französischen Journalisten gegenüber erklärte Laval, er hoffe, daß es bis Donnerstag zu einer Einigung mit Deutschland kommen werde. Auf jeden Fall hoffe er, daß bis Ende dieser Woche die ganze Saarfrage vor dem Rat erledigt werden könne.

In Völkerbundskreisen wurde heute über die Frage der Entmilitarisierung des Saargebietes eifrig diskutiert. Von französischer Seite suchte man den Eindruck zu erwecken, daß es sich hier um eine Selbstverständlichkeit und eine reine Formalität handele. Damit stand aber die Art, wie diese Frage hier hinter den Kulissen betrieben wird und die Absicht, eine besondere Bestätigung dieser Entmilitarisierung der Saar durch den Völkerbundsrat zu erhalten, offensichtlich im Widerspruch. Wie es heißt,

haben die Franzosen nicht nur eine generelle Anerkennung der Entmilitarisierung des Saargebietes durch Deutschland verlangt, sondern eine ganze Anzahl ganz konkreter Forderungen gestellt. So soll es sich, wie man es aus früheren Jahren noch kennt, sogar um Niederlegung von Bahnrampen, Zerstörung von Bahngleisen und dergleichen handeln.

In neutralen Kreisen gibt man der Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich die hoffnungsvollen Ansätze zu einer europäischen Verständigung, die jetzt vorhanden sind, durch Großzügigkeit auch in diesen Fragen weiter fördern werde.

Englische Ueberraschung über die Vertagung der Ratsentscheidung.

DNB **London**, 16. Januar.

Die Vertagung der Genfer Ratsentscheidung über die Rückgliederung des Saargebietes hat in London einigermaßen überrascht, da nach den im Anschluß an das Bekanntwerden des Ergebnisses der Abstimmung geäußerten amtlichen englischen Verlautbarungen allgemein mit einer kurzfristigen Entscheidung gerechnet werden konnte. Das englische Kabinett, das am Mittwoch vormittag zusammengetreten war, soll ebenfalls die Auffassung vertreten haben, daß die verwaltungsmäßigen Vorkehrungen für die Wiedervereinigung des Saargebietes mit seinem Mutterlande so schnell wie möglich durchgeführt werden sollen. Noch ehe die Genfer Meldung über die Verschleppung der Entscheidung vorlag, verbreitete Preß Association einen Bericht, in dem es hieß, daß die englische Regierung die sofortige Festsetzung eines genauen Zeitpunktes für die Uebergabe der Regierungsgewalt im Saargebiet wünsche. Um so größere Ueberraschung lösten daher die Telegramme aus Genf über das Auftauchen unerwarteter Schwierigkeiten aus.

Erst in den Abendstunden gab ein Genfer Reuterbericht über den unvermuteten Rückschlag Aufschluß.

Danach haben die Franzosen nicht nur die Frage der Entmilitarisierung des Saargebietes aufgeworfen, sondern auch die Zerstörung der angeblichen strategischen Eisenbahnen im Saargebiet und aller Bahnhofsanlagen gefordert, die für die Entladung von Truppentransportzügen geeignet seien. Auch gewissen Brücken und Kanälen im Saargebiet sprächen die Franzosen eine strategische Bedeutung zu.

An zuständiger englischer Stelle lehnte man es am Mittwoch abend ab, den in Genf aufgetauchten Schwierigkeiten übergroße Bedeutung beizulegen. Es wurde erklärt, daß die Frage der Einbeziehung des Saargebietes in die entmilitarisierte Zone durchaus lösbar sei, da auch von deutscher Seite keine rechtlichen Einwendungen gegen die Ausdehnung der entmilitarisierten Zone auf das Saargebiet erhoben werden könnten.

Auch die französischen Forderungen hinsichtlich gewisser Festungswerke und Bahnlinien werden an maßgebender Stelle in London nicht für schwerwiegend genug erachtet, um die Bekanntgabe des Zeitpunktes für die Rückgliederung über Gebühr hinauszuzögern.

Es wird nachdrücklich erklärt, daß die Bemühungen der britischen Regierung auch weiterhin darauf gerichtet seien, auf die baldige Bekanntgabe des Rückgliederungszeitpunktes zu dringen.

Rückgliederung Anfang Februar?

Die Genfer französischen Kreise sind optimistisch.

DNB **Paris**, 16. Januar.

Der Genfer Berichterstatter der Agentur Havas meldet, daß man in den dortigen französischen Kreisen der Vertagung der Ratssitzung zur Regelung der Saarfrage keine sehr große Bedeutung beimesse. Man rechnet damit, daß diese Sitzung zur Annahme einer Entschließung führen könne, die allen interessierten Kreisen Rechnung trage. Der Völkerbundsrat werde darin die Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland aussprechen und gleichzeitig den Zeitpunkt für die Ueberführung des Saargebietes in den deutschen Hoheitsbereich festsetzen. Als solcher kämen die ersten Februartage in Betracht, vorausgesetzt, daß Deutschland damit einverstanden ist, bis dahin die noch schwebenden Fragen zu regeln.

Die Rädelsführer der Saarbrücker Polizeirevolte abgeschoben.

Unglaubliches Verhalten Heimburgers.

DNB **Saarbrücken**, 16. Januar.

Die drei Haupträdelsführer der Polizeirevolte der Dienstagnacht, Grumbach, Gericke und Christ, sind heute nach Frankreich abgeschoben worden. Gleichzeitig hat der berüchtigte Kriminalbeamte Ritzel, sattsam als eifriger Förderer der Status quo-Propaganda bekannt, endlich dem Saargebiet den Rücken gekehrt. Die würdigsten Vertreter der Emigranten-Landplage ist das Saargebiet nunmehr endgültig losgeworden.

Dieses unerfreulichste Kapital der Saargeschichte geht seiner Liquidation entgegen. Bis zuletzt haben diese Elemente gehetzt und aufzuwiegeln gesucht. Sie haben die ihnen unverantwortlicherweise zugewiesenen Beamtenstellen bei der Regierungskommission nach Kräften dazu benutzt, den Separatisten Handlangerdienste zu erweisen.

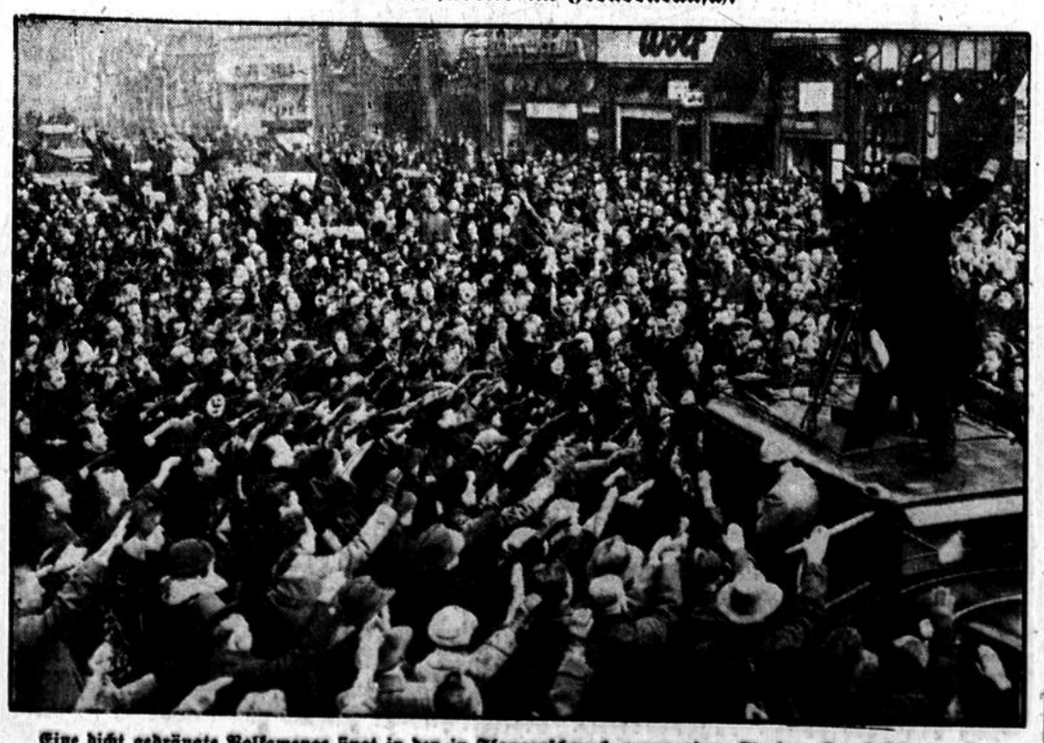
In erster Linie ermöglichte dieses Treiben der französische Direktor des Innern, Heimburger, der auch nach dem deutschen Siege unbelehrbar und unbeirrbar seiner Linie der Emigrantenprotektion treu bleibt.

So sah er sich veranlaßt, der gestrigen DNB-Meldung über seine seltsamen Gepflogenheiten nach der Polizeirevolte ein Dementi entgegenzusetzen. Die Meldung habe die Tatsachen völlig auf den Kopf gestellt. Er selbst habe persönlich die drei Beamten gestern nachmittag um 4 Uhr aus dem Dienst entlassen, letzteres trifft freilich auch zu.

Heimburger hat auf Anweisung des Präsidenten Knox die Beamten entlassen müssen, nachdem er sie vorher aus der von den Polizeioffizieren Hennessy und Lie verhängten Schutzhaft eigenmächtig entfernt und wieder in ihre Kaserne versetzt hatte.

Dieses unerhörte Verhalten zog es sodann nach sich, daß Präsident Knox von Heimburger die sofortige Amtsenthebung der drei berüchtigten Emigranten-Beamten verlangte. Sie wurden daraufhin zum zweiten Male von den Polizeioffizieren in Haft genommen und heute früh endlich abgeschoben. Hoffentlich wird man nunmehr auch bald und endlich hören, daß der Befürworter der Emigranten-Politik, Heimburger, gleichfalls dem Saargebiet den Rücken kehrt, damit die auf allen Seiten gewünschte Liquidation dieser Angelegenheit im Sinne einer Entspannung baldigst erfolgen kann.

Das Saarland jubelte im Freudenrausch.



Eine dicht gedrängte Volksmenge singt in den in Flaggenschmuck prangenden Straßen Saarbrückens mit erhobenem Arm das Saarlied.

Die Saarabstimmung und die Franzosen.

Von unserem Pariser Korrespondenten

R. H. **Paris**, 15. Januar.

„90 Prozent für Deutschland." So und ähnlich lauteten die über die ganze erste Seite laufenden Schlagzeilen der Pariser Presse, die ein solches Ergebnis nach den tendenziösen und mystischen Prophezeiungen ihrer Sonderberichterstatter im Saargebiet nicht erwartet hatte. Im Gegenteil: die Hauptschriftleiter der Pariser Redaktionen bereiteten noch vor wenigen Tagen, auf Grund der Saarbrücker Meldungen, ihre Leser vor, daß der Führer an der Saar eine Niederlage erleiden würde, 30 bis 40 Prozent der Saarländer würden für den Status quo stimmen. Inzwischen mußten sich auch diese Herren belehren lassen, daß das Saarland restlos zu Deutschland zurück will.

Da eine Angliederung des Saargebietes an Frankreich von vornherein ernstlich nicht in Frage kam, setzten gewisse Kreise in Paris, deren Einfluß in der Presse nicht gering war, ihre Hoffnungen auf die Status quo-Wähler. Diese Leute wurden von der französischen Oeffentlichkeit tatsächlich für ernst genommen, obwohl im Grunde die maßgebenden Politiker sich ihrer tatsächlichen, geringen Bedeutung bewußt waren. Interviews der saarländischen Separatistenführer erschienen in großer Zahl in der französischen Presse. Die Saarbrücker Korrespondenten der Pariser Boulevardblätter brachten rührselige, oft an Kitsch grenzende Stimmungsbilder über den „verzweifelten Kampf" Matz Brauns, dessen Bild in einem Teil der Presse in großer Aufmachung veröffentlicht wurde. Der Durchschnittsfranzose mußte den Eindruck gewinnen, als ob mindestens 30 bis 40 Prozent der Saarbevölkerung Status quo-freundlich eingestellt wären. Wenige Tage vor der Abstimmung berichteten die Sonderberichterstatter aus dem Saargebiet, daß die Deutsche Front auf alle Andersgesinnten einen moralischen Druck ausübe und sogar mit geheimen Terrormitteln arbeite. Durch diese Meldungen sollte die französische Oeffentlichkeit schon schonend auf die Niederlage der Separatisten vorbereitet werden.

Die Entscheidung ist gefallen. Neun Zehntel des gesamten Saarvolks haben ein überwältigendes Treuebekenntnis zu Deutschland abgelegt. Das Ergebnis der Abstimmung wurde am Dienstagmorgen über alle französischen Sender übertragen. Die Zeitungen, darunter sogar der „Temps", gaben Extrablätter heraus. Die Ueberraschung der französischen Oeffentlichkeit über den überwältigenden Sieg der Deutschen Front war groß. Wenn auch die maßgebenden politischen Kreise der Hauptstadt nicht daran gezweifelt hatten, daß die Mehrheit der Saarländer für Deutschland stimmen würde, so hat man jedoch andererseits nicht daran gedacht, daß über 90 Prozent der Abstimmungsberechtigten sich für die Rückgliederung an Deutschland entscheiden würden. Selbst die amtlichen Stellen, die sich vor der Abstimmung große Zurückhaltung auferlegten, hatten dieses Ergebnis nicht erwartet. In diesem Zusammenhang glaubte man jedoch darauf hinweisen zu müssen, daß Frankreich eigentlich nur „theoretisch" an der Abstimmung interessiert gewesen sei. Die französische Regierung habe nur darauf Wert gelegt, daß von den Saarländern das Wahlrecht frei und ohne jeden Druck ausgeübt werden konnte, so wie es im Vertrag von Versailles vorgesehen sei.

Wie denkt man sich die weitere Entwicklung? Man glaubt in Paris, daß die Entscheidung des Völkerbundsrats ohne große Reibungen und Meinungsverschiedenheiten fallen wird: „Das Ergebnis der Ratssitzung dürfte nicht schwer zu erraten sein", meint der offiziöse „Temps" in dem Leitartikel seiner heutigen Extraausgabe, „das Saargebiet wird an Deutschland angegliedert werden, und eine der schwierigsten politischen Fragen der Gegenwart wird endgültig damit liquidiert werden". Selbst in gewissen von Saarseparatisten inspirierten Blättern ist heute nicht mehr die Rede von einer teilweisen Abtrennung des Saargebietes. Die Saar hat deutsch gestimmt. Diese Tatsache läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Verschwunden ist das Gespenst einer möglichen Abtrennung kleiner Grenzgebiete, auf die die Status quo-Leute Hoffnungen setzten, weil sie dort ein Asyl für sich

Neue Ostpaktnote an Deutschland.

Französische Antwort auf das deutsche Ostpaktmemorandum überreicht.

DNB **Berlin**, 16. Januar.

Der französische Botschafter überreichte am Mittwoch im Auswärtigen Amt die französische Stellungnahme zu dem deutschen Memorandum vom 8. September vorigen Jahres betreffend den sogenannten Ostpakt.

erhofften, aus dem heraus sie dann weiter gegen das nationalsozialistische Deutschland hetzen könnten.

Wie reagiert nun das französische Volk auf das Abstimmungsergebnis? Man konnte vor und nach der Abstimmung die eigentümliche Beobachtung machen, daß der einfache Mann der Straße die Ereignisse im Saargebiet infolge der tendenziösen und groß aufgemachten „Schlachtberichte" mit Neugierde verfolgte, aber die innere Anteilnahme fehlte fast vollkommen. Das Nationalgefühl des französischen Volkes ist in dem Kampf um das Saargebiet seit 1919 nicht im mindesten berührt worden. Der Durchschnittsfranzose wußte zumeist, daß an der Saar einige Großindustrielle und ehrgeizige, nationalistische Politiker interessiert waren. Er entschuldigt seine passive Einstellung auch damit, daß die Saar ja garnicht französisch sei. Die breite Masse in Frankreich hat die „Saarfrage", über die fünfzehn Jahre lang so viel geschrieben und geredet worden ist, stets mit Reserve und Passivität verfolgt. Was ging im Grunde den einfachen Mann in Frankreich die Saar an? Deshalb ist auch das Ergebnis der Abstimmung ohne Leidenschaft und Aufregung in der Oeffentlichkeit kommentiert worden. Man scheint im allgemeinen darüber froh zu sein, daß die Saarfrage endlich aus der Welt geschaffen wird und damit eine Kriegsgefahr weniger in Europa herrscht. Die Worte des Führers haben offensichtlich auch im französischen Volke ihren Eindruck nicht verfehlt.

Auch die sonst gegen Deutschland hetzende nationalistische Presse hat offen zugeben müssen, daß die Stellung des Führers im Reich heute stärker denn je ist. Die Lügenmeldungen über die zunehmende Auflösung des nationalsozialistischen Regimes, die in der letzten Zeit in der französischen Presse verbreitet wurden, richten sich damit von selbst. Der bekannte Publizist Wladimir d'Ormesson prophezeite noch zwei Tage vor der Abstimmung im „Temps", der Führer würde wahrscheinlich am Sonntag eine große Niederlage erleben. Unter anderem behauptete er weiter, der 13. Januar würde für das Dritte Reich von entscheidender Bedeutung sein. Den Lesern des „Temps" dürfte inzwischen die Augen geöffnet worden sein. Gewiß, der 13. Januar war für Deutschland von entscheidender Bedeutung, aber in einem anderen Sinn, wie Herr d'Ormesson annahm. Und die gesamte übrige Presse, die sich noch vor wenigen Wochen in gehässigen, verleumdenden Meldungen über die Zustände in Deutschland überschlug, gibt heute sauer lächelnd zu, daß der Führer innen- wie außenpolitisch einen ungeheuren Erfolg errungen habe. Angesichts der Anwesenheit der internationalen Polizeitruppen, der strengen Maßnahmen der Abstimmungskommission und nicht zuletzt der disziplinierten Haltung der Deutschen Front, dürfte die von einigen Blättern aufgestellte Behauptung, die Abstimmungsberechtigten hätten unter Druck für Deutschland gestimmt, ernstlich nicht aufrecht erhalten bleiben. Die Abstimmungskommission hat mit allen Mitteln die Freiheit des Wahlrechtes gesichert. Diese Tatsache ist den offiziellen Kreisen der Hauptstadt nur zu bekannt.

Die Rede des Führers ist besonders in den politischen Kreisen inbezug auf die europäische Politik mit Genugtuung aufgenommen worden. Man verfehlte nicht darauf hinzuweisen, daß der Führer nochmals offiziell auf Elsaß-Lothringen verzichtet habe. Allgemein ist man sich in Paris bewußt, daß am vergangenen Sonntag im Saargebiet eine weltpolitische Entscheidung gefällt worden ist, die den Auftakt zu einer neuen Aera in Europa bilden kann. Das Volk hat gesprochen. In Genf wird der Schlußakt dieses 15 Jahre langen Dramas gespielt werden. In kurzer Zeit wird der Vorhang fallen. Wann beginnt das neue Spiel auf der politischen Bühne Europas?

Die Verhandlungen der nächsten Wochen und Monate in den europäischen Hauptstädten werden zeigen, ob die Aussichten für einen wahren Völkerfrieden, der jedoch nur unter gleichberechtigten Völkern geschlossen werden kann, gestiegen sind und der Geist von Versailles endgültig verschwindet. „Vielleicht wird der 13. Januar später in der Geschichte als das Schlußdatum der Nachkriegszeit bezeichnet werden". Man kann nur wünschen, daß dieser erste Satz in dem großen Saarauffatz Jean Luchaires in der Wochenzeitung „Notre Temps" verwirklicht wird.

Die Saarabstimmung in Prozentzahlen.

90,76 v. H. für Deutschland.

DNB **Berlin**, 16. Januar.

Unter Zugrundelegung des amtlichen Ergebnisses der Saarabstimmung ergeben sich für die unteren Verwaltungsbezirke (Kreise) folgende Prozentzahlen, gemessen an der jeweiligen Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen.

Saarbrücken-Land: Deutschland 90,37 v. H., Frankreich 0,49 v. H., Status quo 9,14 v. H.

Saarbrücken-Stadt: Deutschland 87,33 v. H., Frankreich 0,34 v. H., Status quo 12,33 v. H.

Ottweiler: Deutschland 91,04 v. H., Frankreich 0,15 v. H., Status quo 8,81 v. H.,

Saarlouis: Deutschland 91,19 v. H., Frankreich 0,82 v. H., Status quo 7,99 v. H.

Merzig: Deutschland 94,94 v. H., Frankreich 0,27 v. H., Status quo 4,79 v. H.

St. Wendel: Deutschland 94,69 v. H., Frankreich 0,12 v. H., Status quo 5,19 v. H.

St. Ingbert: Deutschland 91,41 v. H., Frankreich 0,34 v. H., Status quo 8,25 v. H.

Homburg: Deutschland 92,74 v. H., Frankreich 0,14 v. H., Status quo 7,12 v. H.

Im Gesamtergebnis haben sich für Deutschland 90,76 v. H., für Frankreich 0,40 v. H., für Status quo 8,84 v. H. der abgegebenen gültigen Stimmen ausgesprochen.

In Berlin verstarb General der Infanterie Kuno von Steuben. Im Weltkrieg führte er das 13. Armeekorps und später die 11. Armee in Mazedonien. Vor dem Kriege war er u. a. Direktor der königlichen Kriegsakademie.

Der englische Plan für die kommenden Erörterungen.

Gleichzeitig deutsche Gleichberechtigung und Sicherheit für Frankreich.

Flandin und Laval am 31. Januar in London.

£ **London**, 15. Januar.

Wie hier halbamtlich verlautet, werden der französische Ministerpräsident Flandin und Außenminister Laval am 31. Januar in London eintreffen. Die Besprechungen mit den englischen Staatsmännern werden am 1. und 2. Februar stattfinden.

Mit dem Herannahen des Besuches Flandins und Lavals beginnen sich in maßgebenden britischen Kreisen immer deutlicher die Umrisse des Standpunktes zu zeigen, den die Wortführer der englischen Regierung nicht nur bei diesen Erörterungen, sondern auch bei den für später in Aussicht genommenen viel umfassenderen Besprechungen, vor allem unter Einbeziehung Deutschlands einnehmen werden. Mit großem Nachdruck wird betont, daß es sich bei den englisch-französischen Besprechungen nur um eine Fühlungnahme handelt, die als Einleitung zu der Hauptfrage, nämlich dem Wiedereintritt Deutschlands in das Konzert der Mächte, gedacht ist. Daß man sich auf britischer Seite unter diesem Wiedereintritt die Rückkehr Deutschlands nach Genf vorstellt, liegt auf der Hand.

Um sich ein Bild über die Ansicht machen zu können, die in englischen Kreisen über die Form einer erneuten Beteiligung Deutschlands an den Arbeiten des Völkerbundes herrscht, muß man sich vergegenwärtiegn, daß in London als die beiden Hauptfragen der augenblicklichen europäischen Lage die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung und die französische Forderung nach Sicherheit bezeichnet werden. Das hier verfolgte Ziel scheint die „gleichzeitige" Erfüllung dieser beiden Forderungen zu sein.

Im Zusammenhang damit muß auf den vor kurzem in der „Times" erschienenen Vorschlag für die Lösung des Problemes der Erfüllung der deutschen Gleichberechtigungsforderung verwiesen werden. Dieser Vorschlag wird zwar in unterrichteten Kreisen als nicht inspiriert genannt, trotzdem aber der Beachtung wert gefunden.

Es wird bemerkt, wenn die drei hauptsächlich in Betracht kommenden Mächte — Großbritannien, Frankreich und Italien — erklären, daß jedes Mitglied des Völkerbundes Gleichberechtigung besitzt, so könnte der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund automatisch die von Deutschland nicht nur in der Rüstungsfrage, sondern auch in allen anderen Fragen beanspruchte Gleichberechtigung verschaffen. Gleichzeitig würde sich Deutschland ebenso wie die anderen Mächte verpflichten müssen, ein Abrüstungsabkommen abzuschließen.

Daß man sich auf britischer Seite auch über die Rolle klar geworden ist, welche Großbritannien in dem geplanten künftigen Sicherheitssystem spielen muß, ist aus dem Nachdruck ersichtlich, mit dem jetzt wieder betont wird, daß England einen Teil Europas bilde und ebenso wie alle europäischen Mächte Verantwortlichkeiten zur Sicherung der Befriedung Europas übernehmen müsse. Wenn von gewisser nicht einflußreicher englischer Seite vor neuen Bindungen gewarnt werde, so sei die Antwort darauf, daß in einem System, bei dem Deutschland ebenso wie jedes andere Land dieselbe Verpflichtung übernimmt, der Begriff „Bindung" nicht mehr die Bedeutung besitze, die ihm in einer nicht gesicherten Lage zukam und daß Bindungen in einem neuen System allgemeiner gegenseitiger Verpflichtungen keine erhöhte, sondern im Gegenteil eine verminderte Belastung für Großbritannien darstellen.

Das Ende der Separatisten-Presse.

Weiteres Erscheinen „vorläufig keinen Zweck".

DNB **Saarbrücken**, 16. Januar.

Nach dem gestrigen deutschen Volksfest, mit dem man die saarländische Freiheit festlich beging, ist man heute in seiner Arbeit und Beschäftigung wieder zum Alltag zurückgekehrt. Die Stadt Saarbrücken sowie alle anderen Städte und Dörfer des Saargebietes haben jedoch ihr Feiertagskleid in Gestalt von Fahnen, Tannengirlanden und Hoheitszeichen noch nicht abgelegt. Die Saarländer sind nach einem so gewaltigen Sieg und nach jahrelanger Fremdherrschaft doch noch zu sehr in Siegesstimmung, als daß ihnen ein Tag genügen könnte, nach außen hin ihre Freude zu zeigen.

Auf der anderen Seite wird der Katzenjammer immer größer. Dies äußert sich am deutlichsten in der kläglichen Haltung der nur teilweise und unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinenden Separatistenpresse. Das separatistische „Saarlouiser Journal" lügt den nicht vorhandenen Lesern eine Prozentzahl von nur 88,5 v. H. für die Rückgliederung vor und behauptet im übrigen, daß die Wahl nur durch Betrug zustande gekommen sei. Man gibt sich also schon soweit verloren, daß man nicht davor zurückschreckt, die neutralen Mitglieder der Abstimmungskommission und die Leiter der Wahlbüros durch diese Behauptungen gröblichst zu beleidigen. Lächerlich klingt dann die Behauptung, daß in der Hauptsache die Sanitäter die Wahlzettel gefälscht hätten, als sie für die an die Urne getragenen Kranken den Stimmzettel angekreuzt hätten. (!) Von seiten der kommunistischen „Arbeiterzeitung" bezeichnet man zwar das weitere Erscheinen des Blattes als „selbstverständlich", jedoch ist die Zeitung heute zur üblichen Zeit noch nicht erschienen. Die „Neue Saarpost" wird heute noch erscheinen. Es ist aber damit zu rechnen, daß die Zeitung für die Zukunft auf weitere Ausgaben verzichten wird, weil man sich dort wohl klar darüber ist, daß man keine Leser mehr findet. Die Redaktionen der „Volksstimme" und der „Freiheit" geben unter der Hand bekannt, ein weiteres Erscheinen „habe vorläufig keinen Zweck". Was allerdings diese Herrschaften sich unter dem Wörtchen „vorläufig" vorstellen, wissen sie wohl selbst nicht.

Zollgrenze zwischen Frankreich und dem Saargebiet.

DNB **Saarbrücken**, 16. Januar.

Wie wir hören, hat die französische Generalzolldirektion in Paris angeordnet, daß ab 16. Januar 1935 zwischen Frankreich und dem Saargebiet die Zollgrenze aufgerichtet werden soll. Wie Havas aus Forbach meldet, haben sich die französischen Zollbeamten am Mittwoch früh auf die französisch-saarländische Grenze zurückgezogen.

Die Status quo-Führer bereits geflüchtet.

Massenandrang auf dem französischen Konsulat.

DNB **Saarbrücken**, 16. Januar.

Daß die Vertreter des Status quo endlich einzusehen beginnen, daß ihr Lügengebäude vollständig zusammengebrochen ist, geht auch aus der Tatsache hervor, daß die Hauptdrahtzieher jetzt nichts eiligeres zu tun haben, als sich Pässe zur Reise nach Frankreich zu besorgen. Bekanntlich hat die französische Regierung seit dem 13. Januar ein besonderes Visum für den Grenzübertritt auch aus dem Saargebiet eingeführt. So konnte man am Mittwoch während des ganzen Tages bemerken, daß vor dem französischen Konsulat in Saarbrücken ein Massenandrang herrschte. Hunderte von Personen stauten sich vor der Paßabteilung des Konsulats, um sich möglichst rasch ein Visum nach Frankreich zu verschaffen. Kennzeichnend für die Gesellschaft, die sich um ein Visum drängte, ist die Tatsache, daß vor dem französischen Konsulat fast ausschließlich mit „Rot Front" und „Freiheit" gegrüßt wurde.

Die Führer der Status quo-Bewegung, Matz Braun, Pfordt und Hoffmann, sind am Mittwoch nach Frankreich geflüchtet. Matz Braun erklärte französischen Pressevertretern in Forbach, er glaube kaum, daß er wieder ins Saargebiet zurückkehren werde.

Die Saargrubenbeamten zum 1. März entlassen.

Verlegung der Grubendirektion nach Metz.

(!) **Paris**, 16. Januar.

Die französische Saargrubenverwaltung wird ihre sämtlichen Beamten Ende Februar unter Gewährung einer entsprechenden Abfindungssumme entlassen. Der „Intransigeant" berichtet, daß die Direktion nach Metz verlegt werden solle und daß zu diesem Zweck dort bereits Räume gemietet worden seien. Von den Entlassungen würden 1100 französische Grubenbeamten betroffen, die mit ihren Frauen und Kindern am 1. März nach Frankreich zurückkehren würden.

Hochverratsprozeß in Leningrad gegen gestürzte Bolschewistenführer.

„Ein Führerkorps zum Kampf gegen die Partei".

DNB **Leningrad**, 16. Januar.

Am Dienstag begann der Hochverratsprozeß gegen Sinowjew und 17 weitere Angeklagte, unter ihnen Kamenew und Baschkirow. Alle Angeklagten haben große Stellungen in der Partei und Regierung bekleidet. Zu erwähnen ist noch Jawdokinow, der Mitglied des Hauptausschusses und außerdem früher Chef der GPU im Kaukasus war. Mehrere Angeklagte haben früher, vor ihrem Ausschluß aus der Partei, bedeutende Aemter im Heer oder in der russischen Schwerindustrie bekleidet. Sinowjew war früher Vorsitzender der kommunistischen Internationale, Kamenew war seinerzeit Botschafter in Rom und stellvertretender Vorsitzender des Volkskommissarenrates der Sowjetunion.

Die Anklageschrift besagt, daß alle 19 Angeklagten eine geheime Organisation gebildet hätten, die in der letzten Zeit eine heftige sowjetfeindliche Propaganda betrieben habe und die an der Ermordung des Sekretärs der Kommunistischen Partei Kirow am 1. Dezember 1934 schuld sei. Im Laufe der Untersuchung sei festgestellt worden, daß die illegale Organisation, die den Mord Kirows in Leningrad ausgeführt habe, mit einer politischen Gruppe in Moskau, „Moskauer Zentrum" genannt, in Verbindung gestanden habe. Diese Gruppe habe in Wirklichkeit die gesamte sowjetfeindliche Bewegung geleitet.

Das „Moskauer Zentrum" habe versucht, alle sowjetfeindlichen und parteifeindlichen Persönlichkeiten unter der Führung Sinowjews zu vereinigen und sie illegal zu erziehen, um dadurch ein Führerkorps für den Kampf gegen die Partei zu schaffen.

Aus den Aussagen verschiedener Angeklagten gehe hervor, daß der Gruppe alle Mittel für den Kampf gegen die Regierung und die Partei recht waren. Sie habe sich nicht gescheut, Lügen und Gemeinheiten über die Parteiführung und den Staat zu verbreiten, und sogar einen Informationsdienst eingerichtet, der sehr scharf die außen- und innenpolitische Lage der Sowjetunion kritisierte und seinem Inhalt nach vollständig die Kopie eines weißgardistischen Informationsdienstes gewesen sei. Da diese illegale politische Gruppe die Idee des Terror verbreitet habe, sei der Leningrader Mord als eine Folge ihrer Politik zu betrachten. Der Angeklagte Baschkiro habe ausgesagt, daß der Schuß Nikolajews gegen Kirow eine Folge der politischen Lage gewesen sei, die sich in der Leningrader Parteiorganisation entwickelt habe.

Sinowjew habe die Verantwortung für den Mord abgelehnt und sogar erklärt, daß er keine Sympathien für den Mörder habe und die Tat verabscheue.

Die Anklageschrift steht trotzdem auf dem Standpunkt, daß Sinowjew und seine politische Gruppe die politische und moralische Verantwortung für die Ermordung Kirows trage. Eine Gruppe der Angeklagten habe ihre Zugehörigkeit zu der illegalen Parteiorganisation „Moskauer Zentrum", eine zweite Gruppe ihre Zugehörigkeit zu der Leningrader illegalen Kampfgruppe zugegeben.

Die dritte Gruppe habe gestanden, daß sie der sowjetfeindlichen Organisation angehört und in Verbindung mit der politischen Gruppe unter Führung Nikolajews gestanden habe, deren Mitglieder am 29. Dezember 1934 auf Grund des Beschlusses des Obersten Gerichtshofes in Leningrad verurteilt und erschossen wurden.

Der Angeklagte Kamenew habe zugegeben, daß er bis zum Jahre 1932 der illegalen Gruppe Sinowjew angehörte; seine Beziehungen zu dieser Gruppe habe er wegen seiner persönlichen freundschaftlichen Beziehungen zu Sinowjew nicht abbrechen können. Die Anklageschrift, die zum Schluß hervorhebt, daß gegen alle 19 Angeklagten — sämtlich ehemalige Mitglieder der Kommunistischen Partei — die Untersuchung abgeschlossen wurde, ist den Angeklagten übergeben worden.

In der Verhandlung erklärte der Angeklagte Jewdokimow, ehemaliges führendes Mitglied der Partei, dem Gericht, daß er voll und ganz seine Schuld sowie die Schuld der anderen Angeklagten erkenne, seine sowie der Mitangeklagten Tätigkeit sich nicht von derjenigen anderer Kreise unterscheide, die offen gegen die Sowjetregierung im Ausland aufgetreten seien. Durch das jahrelange Verbreiten von unwahren Gerüchten sei die Ermordung Kirows vorbereitet und dann im Dezember von Nicholajew ausgeführt worden. „Wir sind", erklärte der Angeklagte zum Schluß, „schuldig, die Massen gegen die Sowjetregierung und Stalin aufgehetzt zu haben und müssen unsere Verantwortung hierfür tragen

Die Abstimmungsurnen in Genf eingetroffen.

DNB **Genf**, 16. Januar.

Eine große Anzahl internationaler Journalisten und viele andere Personen hatten sich heute um die Mittagsstunde auf dem Bahnhof in Genf eingefunden, um der Ankunft des Zuges mit den Abstimmungsurnen aus dem Saargebiet beizuwohnen. Starke polizeiliche Absperrungen waren vorgenommen worden. Der Zug rollte ohne irgend welche Feierlichkeiten an der gewöhnlichen Stelle in den Bahnhof ein. Es zeigte sich, daß die Urnen in einem versiegelten Gepäckabteil enthalten waren, wo sie, wie man hört, vorläufig auch bleiben sollen. Der betreffende Wagen war von Detektiven bewacht. Dem Wagen entstiegen auch die Mitglieder der Abstimmungskommission, die sofort unter das Kreuzfeuer der Photographen gerieten. Auf Befragen erklärte der Vorsitzende der Abstimmungskommission, Rohde, daß die Wahl sich genau so, wie er es dem Völkerbund telegraphisch mitgeteilt habe, völlig ordnungsmäßig und ohne jeden Terror abgespielt habe.

Flugzeuge ohne Motorengeräusch.

DNB **Tokio**, 16. Januar.

Die japanische Presse berichtet von einer Erfindung, durch die das Motorengeräusch bei den Flugzeugen fast gänzlich ausgeschaltet werden soll. Den Blättern zufolge soll beabsichtigt sein, die Erfindung in der nächsten Zeit durch Armeeflieger erproben zu lassen.

Tränengasbomben gegen ein Verbrechernest.

$ **Newyork**, 16. Januar.

In Leonore (Illinois) drangen vier Räuber in ein Bankgeschäft ein, um die Kasse zu berauben. Die Bankangestellten eröffneten jedoch ein lebhaftes Revolverfeuer, worauf die Verbrecher die Flucht ergriffen. Einer von ihnen konnte von den Angestellten der Bank festgenommen werden. Die drei Räuber drangen darauf in einen benachbarten Bauernhof ein, stahlen einen Kraftwagen und nahmen den jungen Sohn des Landwirtes als Geisel mit. Sie kehrten zum Bankgeschäft zurück, befreiten ihren gefangengenommenen Gefährten und erschossen den Kassierer der Bank, während ein zweiter Angestellter schwerverletzt wurde. Ohne Beute zu machen flüchteten sie nun in dem gestohlenen Kraftwagen. Die inzwischen benachrichtigte Polizei nahm sofort mit einem großen Aufgebot die Verfolgung auf. Die vier Verbrecher konnten schließlich auf freiem Feld von etwa 50 Polizisten umzingelt werden. Es entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht, bei dem ein Polizist erschossen, mehrere andere schwer verletzt wurden. Erst nach heftigem Kampf gelang es, drei der Räuber festzunehmen. Der vierte beging Selbstmord. Der von den Verbrechern verschleppte Landwirtssohn wurde wohlbehalten aufgefunden.

In Ocklawaha (Florida) kam es zwischen einer Verbrecherbande und 15 Polizisten zu einem mehrstündigen Feuerkampf. Es handelt sich um die Bande, die im Vorjahr den Bankier Edward Bremer aus St. Paul entführt und erst nach einer Lösegeldzahlung von 200 000 Dollar freigegeben hatte. Die Verbrecher hatten sich jetzt in einem palastartigen Sommerheim verbarrikadiert. Hier wurden sie von der Polizei belagert. Die Polizisten schleuderten zahlreiche Tränengasbomben in das Gebäude, konnten jedoch zunächst infolge des heftigen Kugelregens nicht weiter vordringen. Zwei Bandenmitglieder wurden bei Ausbruchsversuchen erschossen, desgleichen die Mutter des einen Verbrechers, die bei dem Kampf mit der Polizei ein Maschinengewehr bediente. Erst nach sechsstündigem Kampf ergaben sich die übrigen Mitglieder der Verbrecherbande.

Aus Münster und dem Münsterland.

Das bisherige Ergebnis der Arbeitsschlacht in Westfalen.

Die folgende Statistik läßt deutlich den großen Erfolg erkennen, den die Arbeitsschlacht auch in Westfalen zu verzeichnen halte:

	Arbeitsuchende	dav. Notst.-Arbeiter	Arbeitslose	dav. Wohlf.-Erwerbslose
Dez. 1932	489 637	3 748	477 566	251 820
Dez. 1933	334 176	25 190	297 507	153 253
Dez. 1934	250 000*)	27 703	212 712	83 000*)
Abn. 1933	— 155 461	+ 21 442	— 180 059	— 98 567
Abn. 1934	— 84 176	+ 2 613	— 84 795	— 70 253

*) geschätzt.

Der Monat Dezember 1934 stand unter dem Einfluß des Weihnachtsgeschäftes und der abnehmenden Beschäftigungsmöglichkeiten in den ausgesprochenen Saisongewerben. Ende Dezember war der Stand der Arbeitslosigkeit um 10 150 höher als Ende November. Die Zahl der Unterstützungsempfänger stieg nach den vorläufigen Ergebnissen etwas geringer; der Hauptzugang (7 200) war in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zu verzeichnen. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit im Dezember war damit noch geringer als im Vorjahre, in dem sie rund 15 000 betrug. Sie geht jedoch, wie im Jahre 1933, überwiegend auf jahreszeitlich bedingte Entlassungen in den Saisongewerben (Landwirtschaft, Industrie der Steine und Erden, Baugewerbe, Holz- und Schnitzstoffgewerbe, Verkehrsgewerbe) zurück und betrifft damit ausschließlich den männlichen Arbeitseinsatz.

NSV Westfalen-Nord wünscht 1000 Saarkinder zur Erholung.

Der Gauamtsleiter der NSV, Pg. Degenhard, gat an den Saarbeauftragten des Führers, Pg. Bürckel in Neustadt a. d. Hardt, am Abend des 13. Januar folgendes Telegramm gesandt:

„Treu der Saar immerdar! 1000 Kinder wünscht zur Erholung für dieses Jahr Gauamtsleitung NSV Westfalen-Nord, Münster."

*

‡ **Münster,** 16. Jan. **Eugen Papst Dirigent des Kölner Gesangvereins?** Münsters neuer Generalmusikdirektor Eugen Papst steht zusammen mit Bruno Stürmer und Georg Nellius in engster Wahl für den Posten des Dirigenten des berühmten Kölner Männergesangvereins. Sollte es zu einer Uebernahme dieses Amtes kommen, würde Papst jedoch weiterhin in Münster bleiben.

— **Münster,** 16. Jan. **Geheimrat Dr. Siemon** vollendet am Donnerstag sein 80. Lebensjahr. Im Jahre 1890 kam er als Intendanturrat nach Münster. Während des Krieges war er Intendant des stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armeekorps. Gerne beschäftigte er sich auf dem Gebiete der Musik, so als Vorsitzender des Musikvereins und des Münsterischen Männerchorbundes.

— **Münster,** 16. Jan. **Die Wildbret-Spende der münsterischen Jäger.** Aus den Jagdbezirken des Stadt- und Landkreises Münster sind nach den bisherigen Meldungen außer einer Geldsumme von 162 Rm. 13 Rehe, 134 Hasen, 1065 Kaninchen und 84 Fasanen für das Winterhilfswerk gespendet worden.

«md» **Münster,** 16. Jan. **Ein Unverbesserlicher wandert ins Zuchthaus.** Unter den Fahrraddieben, die vor kurzem noch Münster heimsuchten, nimmt Karl vom E. eine führende Rolle ein. Zehn Jahre Zuchthaus haben ihn nicht auf einen anderen Weg bringen können. Er stahl vor wenigen Monaten noch ein Rad vor einem Hotel in Münster und wurde gefaßt, als er es in Dortmund an den Mann zu bringen versuchte. Die Große Strafkammer in Münster verurteilte ihn zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust und nahm ihn in Sicherungsverwahrung.

— **Gescher,** 16. Jan. **25 Jahre im Dienste der Caritas.** Der Direktor der Bischöflichen Pflegeanstalt St. Vinzenzhaus (Haus Hall), Heinrich Kruse, konnte am Dienstag sein 25jähriges Jubiläum begehen. Direktor Kruse wurde im Jahre 1878 in Borken geboren und empfing im Jahre 1903 die hl. Priesterweihe. Am 15. Januar 1910 wurde er nach Haus Hall berufen. Im Jahre 1919 wurde er als Nachfolger des jetzigen Generalvikars Dr. Meis, der danach in das Domkapitel zu Münster berufen wurde, zum Direktor ernannt. Bischof Clemens August nahm an der Jubiläumsfeier persönlich teil und dankte dem Jubilar für sein verdienstvolles Wirken. Auch Generalvikar Protonotar Dr. Meis gratulierte persönlich seinem Nachfolger in Haus Hall. Direktor Kruse ist in Anerkennung seiner Verdienste vom Heiligen Stuhl zum Monsignore ernannt worden.

— **Darfeld,** 16. Jan. **Zwei tödliche Unfälle.** Der bei dem Bauern Kammann in Bockelsdorf (Kreis Coesfeld) beschäftigte 20jährige Eleve Hubert Röttgering wurde, als er eine schadhafte elektrische Lampe in Ordnung bringen wollte, vom Schlage getroffen und auf der Stelle getötet. R., der etwas herzkrank war, soll, als er mit der Lichtleitung in Berührung kam, nasse Stiefel getragen haben. — In den Burloer Waldungen bei Darfeld wurde der 36jährige Heinrich Leuters beim Holzfällen von einem niederstürzenden Baum so schwer getroffen, daß ihm die Schädeldecke zertrümmert wurde. Er ist kurz nach der Einlieferung seinen Verletzungen erlegen.

— **Ahaus,** 16. Jan. **Der Schmuggelerkasten im Walde.** Ein gutes Versteck hatte sich H. aus Graes angelegt. Im Walde hatte er in das Erdreich einen mit Blech beschlagenen Kasten zur Aufnahme der Schmuggelsachen eingelassen. Aber die Sache kam heraus, ein Bekannter verriet den H., der am Mittwoch vor der Großen Strafkammer in Münster stand. Das Gericht schloß die Oeffentlichkeit aus, da sich eine Reihe bekannter Gesichter aus dem Grenzbezirk im Zuhörerraum eingefunden hatte und das Gericht es nicht für gut hielt wenn diese Leute durch die Verhandlung neue Anregungen zum Schmuggeln bekämen. H. wurde zu zwei Monaten Gefängnis und zu 35 000 Mark verurteilt.

«md» **Recklinghausen,** 16. Januar. **2 Tote, 88 Verletzte bei 151 Verkehrsunfällen.** Im Monat Dezember 1934 haben sich im Polizeipräsidialbezirk Recklinghausen insgesamt 151 (November 150) Verkehrsunfälle zugetragen. Bei den Unfällen sind 2 (9) Personen getötet und 88 (90) Personen verletzt worden. In 149 Fällen entstand Sachschaden.

Δ **Herbern,** 15. Jan. **Ein Gedenkstein für den letzten Wolf in Westfalen.** Vor 100 Jahren, am 19. Januar 1835, wurde in der Bauerschaft Horn, also südlich unseres Ortes in Richtung Werne, unweit der jetzigen Wirtschaft Fleigewinkel, nachgewiesenermaßen der letzte Wolf in Westfalen erlegt. Das Tier wurde damals der Akademie in Münster übergeben, wurde ausgestopft und ist noch in deren Besitz. Zur Erinnerung an dieses Ereignis wird der Enkel des glücklichen Schützen, Kaufmann Josef Hennemann, dort am nächsten Samstag einen Gedenkstein an den letzten Wolf in Westfalen enthüllen.

— **Ahlen,** 16. Jan. **Bergmann tödlich verunglückt.** Auf der Zeche Westfalen wurde ein Bergmann von herabstürzenden Gesteinsmassen am Kopf und an der Brust so schwer verletzt, daß er bald darauf im Krankenhaus in Hamm verstarb. Der Verunglückte hinterläßt Frau und 7 Kinder.

«md» **Osnabrück,** 16. Jan. **Osnabrücker gehen als Siedler nach Mecklenburg.** Dem Osnabrücker Bezirk wurden von dem Kreis Cürow in Mecklenburg zwanzig neue Bauernstellen bereitgestellt. Unter den Bewerbern wurden mehrere aus dem Kreise Wittlage (Dohmterheide) berücksichtigt. Bei den Siedlungen handelt es sich um aufgeteilte Güter.

Das Reit- und Fahrturnier in der Halle Münsterland.

1200 Nennungen. – Turniersportler von Bedeutung nehmen teil. – Heißer Kampf um den Wanderpreis. – Schaunummern der Reichswehr.

✧ **Münster,** 16. Januar.

Das Reit- und Fahrturnier in der Münsterlandhalle hat in Deutschland in den Kreisen der Pferdezüchter und Turniersportler einen Namen bekommen. Aus kleinen Anfängen entwickelte es sich zu einer Veranstaltung, die weit über den Rahmen der engeren Heimat hinaus Bedeutung und Ruf erlangte. Zu diesen Provinzialturnieren haben bekanntlich alle Züchter Zutritt. Hier wird die Auslese aus dem vorhandenen Zuchtmaterial getroffen, hier zeigt der Besitzer stolz die Leistungen seiner Arbeit und hier werden sorgsam die Tiere geprüft. Die Bedeutung gerade dieser Provinzialturniere für die heimische Pferdezucht kann nicht hoch genug angeschlagen werden.

Aber darüber hinaus ist das münsterische Turnier, das veranstaltet wird von den ländlichen Reit-, Zucht- und Fahrvereinen, zu einem sportlich sehr hoch stehenden Ereignis geworden. Noch ist in frischester Erinnerung der überragende Erfolg, den die vorjährige Veranstaltung erlangt hatte. Die Veranstalter sind gewillt, auf diesem Wege weiter zu schreiten. Und wie sehr sie damit einem Bedürfnis entgegenkommen, sieht man aus der um rund 400 gestiegenen Zahl der Nennungen. Rund 1200 Teilnehmer sind zu diesem Turnier gemeldet, darunter Namen von Klang und Bedeutung im deutschen und auch internationalen Turniersport. So wäre zu erwähnen die Dänin Frau Funke-Raßmussen mit ihren bekannten Turnierpferden „Hermelin" und „Silver-Stal", Frl. Irmgard Georgius, Frau Dr. Lange-Colcen, Hubert Staupendahl mit „Scheik" und „Seidlitz", der beste deutsche Amateurreiter C. H. Andreas (Hagen-Haspe) mit seinem bekannten Pferde „Indra", auch der kleine Franz Lackhoff aus Drensteinfurt wird wieder dabei sein. Namhafte Gäste haben ihr Erscheinen bereits zugesagt. So Generalleutnant Brandt (Berlin), der Leiter der obersten Behörde für Pferdezucht der Warm- und Kaltblutpferde, gleichzeitig als Vertreter des Reichssportführers von Tschammer und Osten, der Chef des Ausbildungswesens, General a. D. Hederich (Berlin), General a. D. Adam, der Beauftragte des Reichsnährstandes für die Ausbildung im Dienste am Pferde, Chef-Reiterführer SS Skowronski (Berlin), Altmeister des Turnierwesens Stensberg, selbstverständlich auch die Kommandeure der teilnehmenden Regimenter, der Befehlshaber des Wehrkreises u. v. a.

Die drei Tage des Turniers — am Donnerstag setzen bereits die Vorprüfungen ein — werden jedenfalls zu Festtagen aller Anhänger des Pferdesportes werden. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, wenn schon jetzt eine außerordentlich starke Nachfrage nach Karten eingesetzt hat. Schulklassen aus dem ganzen Münsterland haben sich angemeldet, aus dem benachbarten Holland, von Winterswyk sind Karten eingefordert worden. Die Turniertage werden wiederum zum ganz großen Ereignis werden.

Die umfangreiche Programmfolge der drei Tage sieht die interessantesten Darbietungen vor. Prüfungen aller Art. Heiß wird vor allem der Kampf der ländlichen Reitervereine des Kreises Münster werden. Der Verteidiger der Standarte ist Greven. Appelhülsen aber hat sich so gut vorbereitet, daß sie gemeinsam mit dem zweiten aussichtsreichen Anwärter Nienberge, den Grevenern den Kampf um die Erhaltung der Trophäe nicht leicht machen werden. Erstmalig wirken auch SA und SS in geschlossenen Reitergruppen mit.

Das Reiterregiment hat auch dieses Jahr wieder für die verschiedensten Prüfungen genannt. Es entsendet eine auserlesene Mannschaft zum Turnier in der „Halle Münsterland", die in fast allen Prüfungen vertreten sein wird. Besonders freudig wird es begrüßt, daß das Artillerieregiment Münster die Besucher mit zwei Schaunummern überrascht: Die erste und zweite Abteilung zeigen in der bekannten schneidigen Art Vorführungen einer gespannten Batterie, das Trompeterkorps des Artillerieregiments beschließt jedesmal den ersten Teil des reichhaltigen Programms mit dem „Großen Zapfenstreich zu Pferde". Diese Schaunummern sind eine wertvolle Bereicherung der Veranstaltung und hinterließen bei den Besuchern jedesmal einen nachhaltigen Eindruck.

*

— **Münster,** 16. Jan. **Sonntags-Rückfahrkarten zum Besuch des Turniers in Münster.** Wie in den Vorjahren, gibt die Reichsbahndirektion Münster auch in diesem Jahre zum Besuch des Reit- und Fahrturniers vom 17. bis 20. Januar Sonntagsrückfahrkarten in einem Umkreis von 75 Klm. um Münster heraus. Diese Sonntagsrückfahrkarten gelten am 17., 18. und 19. Januar von 0.00 Uhr bis 24 Uhr eines jeden Tages. Zur Rückfahrt sind diese Rückfahrkarten jedoch nur gültig, wenn sie auf dem Büro der „Halle Münsterland" abgestempelt werden. — Die Westfälische Landeseisenbahn gibt an allen Tagen Rückfahrkarten mit dreitägiger Gültigkeitsdauer aus.

30 000 Mk. an Saarvereine.

Eine Anordnung des Reichssportführers als Dank des deutschen Sports.

Berlin, 16. Januar.

Nachdem die Brüder und Schwestern von der Saar zu uns heimgekehrt sind ins Reich, nachdem die Schranken eines schmählichen Vertrags gefallen sind, ist es die Pflicht der deutschen Turn- und Sportbewegung, der saardeutschen Leibesübungen durch die Tat zu gedenken.

Zu diesem Zweck habe ich veranlaßt, daß vom Hilfsfonds für den deutschen Sport, mit besonderer Unterstützung der Deutschen Turnerschaft und des Deutschen Fußballbundes, 30 000 Mark zur Verfügung gestellt werden. Diese Summe soll verwandt werden, um den Vereinen, die dem Druck der Fremdherrschaft zu erliegen drohten, neuen Impuls freudigem Leben zu geben. Lehrgänge im Reich und an der Saar und der turnerisch-sportliche Verkehr zwischen den Saardeutschen und dem Reich sollen damit unterstützt werden, um Kraft und Freude neuer deutscher Leibesübungen im Saargebiet Ausdruck zu verleihen. Kurz, die materielle Hilfe soll in Hallen und auf Plätzen des Saarlandes ein neues, frohes Leben entfalten helfen.

Das Saarhilfswerk des deutschen Sports ist ein machtvolles Bekenntnis zu unsern Volksgenossen, die unter der Willkür einer Fremdherrschaft für das Vaterland kämpften und aus deren Reihen viele tüchtige Kämpfer des deutschen Sports hervorgegangen sind. Mit Freude wollen wir die Möglichkeit begrüßen, einen kleinen Teil unserer Dankesschuld für die Saardeutschen abzutragen. Wie immer, wenn es gilt, Not zu lindern und Gutes zu tun, soll auch jetzt der deutsche Sport in der vordersten Front stehen.

gez. von Tschammer und Osten,
Reichssportführer.

Der Gau Westfalen in der D. T. hält am 27. Januar in Hamm seine Arbeitstagung ab, zu der alle Gau-, Bezirks- und Kreiswarte eingeladen sind. Der Bericht über das verflossene Jahr und über die Aufgaben des neuen Jahres steht auch hier im Vordergrund des Interesses.

Das Sechstagerennen in Kansas City wurde von der kanadisch-holländischen Mannschaft Peden—Piet van Kempen mit zwei Runden Vorsprung und 8600 Punkten vor Croßley—J. Walthour, Miethe—Clignet, F. Bartell—A. Beckmann, Bühler—Lepage, Defilippo—Baggio und Muller—van Slembroeck gewonnen.

Erfreuliche Aufwärtsentwicklung im westfälischen Tennissport.

Der Tennis-Gau Westfalen tagte.

Dortmund, 16. Januar.

Der Gauführer, Rechtsanwalt Windthorst, Dortmund, wies in seinen einleitenden Worten u. a. darauf hin, daß sich auch der deutsche Tennis-Sport nicht mit den rein sportlichen Leistungen zufrieden geben dürfe, sondern daß auch ihm Aufgaben erwüchsen, die dem Vaterlande zu dienen hätten. Der Tennissport sei bei seiner internationalen Geltung stets eine gute Waffe im Kampf um das Ansehen des Deutschtums im Auslande. Der Tennissport müsse daher mehr und mehr auch als Dienst am Volksganzen betrachtet werden.

Der Gauführer gab in seinem Ueberblick und Bericht über das verflossene Jahr u. a. bekannt, daß die Mitgliederzahl erfreulicherweise zugenommen habe. Aus dem vom Bunde jeweils an den Gau zurückerstatteten Mitteln konnte der Hauptbetrag zum unmittelbaren Zwecke der Jugendpflege verwendet werden. Dadurch, daß im Gau von den einzelnen verantwortlichen Persönlichkeiten die Arbeiten ehrenamtlich geleistet wurden, waren die Geschäftsunkosten sehr gering.

Ueber das Sportprogramm des laufenden Jahres wurde bekanntgegeben, daß Allgemeine Turniere angemeldet haben: Bielefeld, Bochum und Dortmund. Dazu wird noch ein Allgemeines Jugendturnier in Gelsenkirchen ausgetragen werden. Die genaue Festlegung der Termine wird erst im Uebereinkommen mit den Nachbargauen im Laufe des nächsten Monats zu erwarten sein. Die Gau-Medenspiele sollen möglichst im Monat Juni stattfinden. Es wurde dabei betont, daß unbedingt daran festgehalten werden müsse, daß die Schlußrunden innerhalb 3 Wochen nach diesem Termin und die Herausforderungsrunden innerhalb weiterer 2 Wochen ausgetragen sein müssen.

Handball und die Olympischen Spiele.

Der Handballsport hat innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitabschnitts seinen Siegeszug, wenn auch nicht um die Welt, so doch durch die meisten Länder Europas angetreten. Auch in anderen Erdteilen kennt man hier und da bereits das Handballspiel, dessen erstaunliche Entwicklung noch längst nicht abgeschlossen sein dürfte. Daß Handball ein rein deutsches Spiel ist, von deutschen Männern ersonnen und ausgebaut, ist bekannt. Und eine deutsche Hoffnung wurde erfüllt, als das Handballspiel Aufnahme in das Programm der Olympischen Spiele 1936 fand. Schwach besetzt wird dieses erste Olympische Handball-Turnier bestimmt nicht sein. Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Schweden, die Schweiz können schon heute als bestimmte Teilnehmer gelten. Aber noch einige andere Länder zeigen für dieses Turnier reges Interesse.

In Deutschland wird, seitdem Brigadeführer Herrmann als Leiter des Fachamtes den Handballsport betreut, systematisch Aufbauarbeit geleistet. Nicht weniger als 25 Lehrgänge unter Leitung des Reichstrainers Kaundinya werden durchgeführt. Von diesen Lehrgängen dienen 16 der Leistungsschulung, innerhalb der Gaue. Bereits im Dezember fand der erste Lehrgang statt, in dem die Spieler des Gaues Südwest zusammengezogen waren. Von Anfang März bis Mitte Mai folgen Lehrgänge für die Gaue Nordhessen, Württemberg, Brandenburg, Nordmark, Ostpreußen, Schlesien, Baden und Sachsen. Die Lehrgänge für die Gaue werden dann durch vier Olympia-Lehrgänge abgelöst. In Duisburg, Berlin, Hannover oder Leipzig, Darmstadt oder Ettlingen, werden Spieler, die für die Olympia-Mannschaft in Frage kommen, zu einem jeweils fünftägigen Kursus zusammengefaßt. Die Gau-Lehrgänge werden Anfang Juli wieder aufgenommen, aber noch einige Male durch andere Kurse unterbrochen. So findet vom 19.—24. August in Hannover oder Berlin der Olympia-Hauptlehrgang statt, dem sich ein Reichslehrgang für Frauen anschließt. Ende September beginnt in Berlin der erste von drei sich aufeinanderfolgenden Reichslehrgängen, in dem zunächst Nachwuchsspieler, sodann Uebungsleiter und schließlich Schiedsrichter geschult werden.

Um die westdeutsche Hochschulmeisterschaft im Handball.

Universität Münster — Universität Bonn 11:4.

Am Dienstag trafen auf dem Universitätssportplatz, der nicht in bester Verfassung war, im fälligen Meisterschaftsspiel um die westdeutsche Hochschulmeisterschaft die Mannschaften von Münster und Bonn aufeinander. In jeder Beziehung hatten die Münsteraner die bessere Elf zur Stelle und sie siegten dann auch, nachdem sie in beiden Halbzeiten mehr vom Spiel hatten, verdient mit 11:4. In den ersten 30 Minuten hielt der Gast noch in etwa mit, mußte sich im Schlußteil des Kampfes aber der größeren Durchschlagskraft der Einheimischen beugen. Halbzeit 4:2 für Münster.

Heerschau der vestischen Wirtschaft.

Treuhänder Hahn über das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit.

rb **Recklinghausen,** 17. Januar.

Auf Einladung der Industrie- und Handelskammer Münster und der Deutschen Arbeitsfront Westfalen-Nord sprach heute abend im vollbesetzten Saalbau Treuhänder Hahn-Essen zu den Betriebsführern und Vertrauensräten der vestischen Betriebe, zu den Vertretern der Partei und der Behörden über das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit und die damit gewonnenen Erfahrungen. Die eindrucksvolle Tagung war geradezu eine Heerschau der vestischen Wirtschaft. Einleitend betonte Treuhänder Hahn, daß er hierher gekommen sei, um Verbundenheit mit den schaffenden Menschen seines Bezirks, der neun Millionen Menschen umfasse, zu pflegen und öffentlich zu bekunden, welchen Wert eine verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen ihm, der Arbeitsfront und den Betrieben habe. Das Gesetz verlange eine ganz andere Einstellung als früher. An die Stelle des Klassenkampfes solle die Betriebsverbundenheit treten. Der nationalsozialistische Staat verlange, daß der Betriebsführer in echter Führerpflicht für seine Gefolgschaft sorge. Das geschehe nicht allein durch die Lohnzahlung, sondern darüber hinaus müsse der Betriebsführer in echter Führerpflicht für seine Gefolgschaft sorge. Das geschehe nicht allein durch die Lohnzahlung, sondern darüber hinaus müsse der Betriebsführer für das Wohl und Wehe seiner Gefolgschaft besorgt sein. Von der Gefolgschaft werde verlangt, daß sie in echter, deutscher Treue zum Betriebe stehe. Das neue Deutschland kenne nur eine Arbeitsehre. Jeder werde danach beurteilt, was er für Volk und Vaterland und für seinen Betrieb leiste. Der Vertrauensrat sei in keiner Weise mit dem alten Betriebsrat zu vergleichen. Echte Verbundenheit mit dem Betriebsführer, das sei erste Pflicht. Ein gutes Verhältnis zwischen den Betriebsgliedern und dem Betriebszellenobmann und der Deutschen Arbeitsfront sei ganz selbstverständlich.

Treuhänder Hahn sprach dann über die Erfahrungen, die er mit dem neuen Gesetz gemacht habe.

Ganz überwiegend könne er feststellen, daß Betriebsführer und Gefolgschaft in seinem Bezirk reibungslos und gut zusammen arbeiteten. Sorgenkinder seien die kleinen Betriebe ohne Vertrauensrat.

Vielfach werde in diesen Betrieben noch die Meinung vertreten, daß sie schalten und walten könnten nach Belieben. In allen Fällen empfehle er dem Betriebsführer, einen Vertrauensmann zu ernennen. Nach Ausführungen über die richtigen Betriebsordnungen kennzeichnete der Treuhänder seine eigenen Aufgaben. Er erklärte, daß jeder Betrieb in erster Linie bemüht sein müsse, seine Angelegenheiten selbst zu regeln. Die Anrufung des Treuhänders sei immer eine Ausnahme. Das Ehrengerichtsverfahren in seiner ganzen Schwere dürfe nicht zu sehr abgenutzt werden.

Deutsche Schwimmersiege in Kopenhagen.

Weltrekord Anni Hölzners.

Kopenhagen, 16. Januar.

Der zweite Tag des Internationalen Schwimmfestes in Kopenhagen wurde für die teilnehmenden Deutschen recht erfolgreich. In allen Rennen, in denen die Deutschen an den Start gingen, blieben sie siegreich. In ganz ausgezeichneter Form war die junge Plauenerin Anni Hölzner, die im 100-Meter-Brustschwimmen mit 3 Meter Vorsprung vor der Dänin Walborg Christensen einen neuen Weltrekord mit 1:24,5 Min. aufstellte, während die Dänin 1:29,7 Min. benötigte. Trotz diesem schwersten Rennen ging Anni Hölzner auch im 200-Meter-Brustschwimmen an den Start und setzte sich hier ebenfalls im 3:10,7 Min. vor Inge Kragh durch. Frl. Kragh folgte mit anderthalb Meter Abstand mit der Zeit von 3:13 Minuten.

Der deutsche Rekordmann Fischer-Bremen versuchte im Alleingang über 100 Meter Kraul einen Rekordversuch. Dieser mißlang, denn Fischer blieb mit 59,1 über seiner deutschen Rekordzeit. Im 200-Meter-Kraulschwimmen siegte der Bremer nur mit Armlänge in 2:22,7 Min. von Rüske-Stettin in 2:23,4. Ein Rekordversuch des Göppingers Schwarz über 200 Meter Brust mißlang ebenfalls. In den letzten 25 Metern spurtete er nicht genügend und erreichte nur 2:46,2. Zum Schluß gewannen die Deutschen in der Besetzung Hölzner (!), Schwarz, Rüske und Fischer eine 4 mal 50 Meter Kraulstaffel in 1:59,3 vor einer dänischen Mannschaft in 2:01,7 Min.

Deutsche Anträge zum UCI-Kongreß.

Auf der Jahresversammlung des Radsport-Weltverbandes (UCI) am 2. Februar in Paris wird auch der Deutsche Radfahrer-Verband einige Anträge einbringen. In erster Linie werden sich die deutschen Vertreter dafür einsetzen, daß die Bestimmungen über die Durchführung von Länderkämpfen strenger und genauer beachtet werden als bisher. Einen Anlaß dazu hat die erst am letzten Sonntag in Antwerpen als Länderkampf Belgien—Deutschland angekündigte Veranstaltung gegeben, für die weder vom Deutschen noch vom Belgischen Verband die hierfür erforderliche Genehmigung eingeholt worden war. Weiterhin wird Deutschland beantragen, die Frage der Teilnehmer an der Weltmeisterschaft der Dauerfahrer eindeutig festzulegen. Es soll darüber abgestimmt werden, ob jedes Land nur einen Fahrer oder in unbeschränkter Zahl melden darf.

Handel und Wirtschaft.

Verzinsung und Fälligkeit von Hypotheken.

Durch neuerliche gesetzliche Maßnahmen sind sowohl die Vorschriften über die Fälligkeit als auch über die Verzinsung von Hypotheken den wirtschaftlichen Verhältnissen der Zeit angepaßt worden. Der Stand der Gesetzgebung ist zur Zeit folgender:

Aufwertungshypotheken.

Die Zinsen für Aufwertungshypotheken sind nach wie vor 6 Proz. Gekündigt werden konnte bisher eine Aufwertungshypothek von dem Gläubiger nur schriftlich und unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahre. Andernfalls konnte er die Rückzahlung vor dem 1. Januar 1935 nicht verlangen. Die Kündigung war nur für den Schluß eines Kalendervierteljahres zulässig.

Durch das Gesetz vom 20. Dezember 1934 ist hierin eine Aenderung eingetreten. Soweit nach den bisherigen Vorschriften die Fälligkeit zum 31. Dezember 1934 oder später eintritt oder herbeigeführt werden kann, muß der Gläubiger, wenn er die Aufwertungshypothek ausgezahlt erhalten will, nach dem 22. 12. 34 schriftlich kündigen. Die Kündigungsfrist beträgt aber nur noch 3 Monate. Die Kündigung ist wie bisher an den Schluß des Kalendervierteljahres gebunden und muß spätestens am 3. Werktag des Kalendervierteljahres erfolgen. Vereinbarungen der Parteien über die Zahlung des Aufwertungsbetrages bleiben unberührt, während sie bisher, soweit sie zu Ungunsten des Schuldners getroffen waren, unwirksam waren. Die schriftliche Kündigung nach dem 22. 12. 34 ist auch dann notwendig, wenn die Aufwertungsstelle eine Zahlungsfrist bis zum 31. Dezember 1934 für einen Teil des Aufwertungsbetrages der mehr als ⅔ des gesamten Aufwertungsbetrages ausmacht, bewilligt hatte.

Vorschriften in Gesetzen, Satzungen oder Verträgen, die für besondere Fälle eine vorzeitige Fälligkeit der Schuld anordnen, bleiben unberührt.

Zinsgesenkte Forderungen und Grundschulden.

Eine Zinssenkung hat seit dem 8. Dezember 1931 nicht wieder stattgefunden. (Ausnahmen: s. unten). Wohl aber ist das Kündigungsverbot um ein Jahr derart verlängert worden, daß der Gläubiger nicht vor dem 31. Dezember 1935 kündigen kann. Ist die Kündigung vertraglich für eine bestimmte Frist ausgeschlossen, so verlängert sich diese Frist um ein weiteres Jahr, jedoch nicht über den 31. Dezember 1936 hinaus.

Stundung von Hypotheken.

Hypothekarisch gesicherte Forderungen waren schon bisher gesetzlich gestundet. Diese Stundung ist verlängert worden, der Gläubiger kann die Rückzahlung nicht vor dem 1. Juli 1936 verlangen. Selbstverständlich muß er die Hypothek unter Einhaltung der vereinbarten Kündigungsfrist kündigen. Dagegen wird die Abzahlung der Hypotheken, die zur Hauszinssteuerablösung bestellt sind, von der weiteren gesetzlichen Stundung nicht betroffen.

Hypotheken an landwirtschaftlichen Grundstücken.

Die Zinsen dieser Hypotheken sind durch die Verordnung vom 27. 9. 32, soweit sie für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 30. September 1934 geschuldet waren, um 2 Proz., jedoch nicht unter 4 Proz. herabgesetzt worden. Um diesen herabgesetzten Betrag erhöhte sich der Kapitalbetrag der Forderung. Die Zinsen dieser Hypotheken sind für ein weiteres Jahr in gleicher Weise gekürzt worden. Jedoch wird der Betrag, um den sie gesenkt werden, nicht mehr dem Kapital zugeschlagen.

Die Rückzahlung dieser Hypotheken kann nicht vor dem 1. 4. 1936 verlangt werden.

Landwirtschaftlicher Auslandsrealkredit.

Diesen Schuldnern ist durch Gesetz vom 20. 7. 33 bekanntlich eine Zinserleichterung gewährt worden. Diese wird auch bei den Zinsen gewährt, die für die Zeit vom 1. Oktober 1934 bis zum 30. September 1935 geschuldet werden. Jedoch tritt keine Erhöhung des Kapitalbetrages der Forderung mehr ein.

Berliner Börse.

× **Berlin,** 16. Januar.

Nach der kräftigen Aufwärtsbewegung in den letzten Tagen machte sich heute stärkeres Glattstellungsbedürfnis namentlich auf seiten der Kulisse bemerkbar, die wohl in ihren Anschaffungen etwas zu großzügig gewesen ist und auf einen stärkeren Bedarf des Publikums gerechnet hatte. Da dieses sich indessen in Erwartung des günstigen Saarergebnisses selbst lebhafter am Geschäft beteiligt hatte, ist gegenwärtig eine gewisse Sättigung eingetreten, so daß nennenswerte Kauforders nicht vorliegen.

Die Stimmung der Börse ist deshalb nun nicht etwa unfreundlich, zumal wieder eine ganze Reihe guter Wirtschaftsnachrichten vorliegt. Insbesondere findet die Dividendenerhöhung der Vereinsbank Hamburg von 5 auf 6 Proz. Beachtung, da man aus diesem ersten Hypothekenbankabschluß zuversichtliche Aussichten auch für die anderen Hypothekenbanken herleitet. Für den Rentenmarkt regte zunächst die Mitteilung über den Ausverkauf der ersten 4,5proz. Pfandbriefemission der Hamburger Hypothekenbank sowie die infolge starker Nachfrage erforderlich gewordene Erhöhung des Emissionskurses der gleichen Papiere bei der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank an.

Amtliche Devisenkurse.

Berlin, den 16. Januar 1935.

Telegrafische Auszahlung	Geld 16. 1.	Brief 16. 1.	Geld 15. 1.	Brief 15. 1.
Aegypten 1 ägypt. Pfd.	12.525	12.555	12.47	12.50
Argentinien 1 Pap.-Peso	0.628	0.632	0.628	0.632
Belgien 100 Belga	58.18	58.30	58.20	58.32
Brasilien 1 Milreis	0.194	0.196	0.194	0.196
Bulgarien 100 Leva	3.047	3.053	3.047	3.053
Canada 1 kanad. Doll.	2.516	2.522	2.496	2.500
Dänemark 100 Kron	54.57	54.67	54.32	54.42
Danzig 100 Guld.	81.22	81.38	81.26	81.44
England 1 Pfund	12.22	12.25	12.165	12.195
Estland 100 estn. Kr.	68.68	68.82	68.68	68.82
Finnland 100 finnl. M.	5.395	5.405	5.37	5.38
Frankreich 100 Frcs	16.41	16.45	16.42	16.46
Griechenland 100 Drach.	2.354	2.358	2.354	2.358
Holland 100 Gulden	168.13	168.47	168.39	168.73
Island 100 isl. Kr	55.30	55.42	55.05	55.17
Italien 100 Lire	21.30	21.34	21.30	21.34
Japan 1 Yen	0.711	0.713	0.708	0.710
Jugoslawien 100 Dinar	5.649	5.661	5.649	5.661
Lettland 100 Latts	80.92	81.08	80.92	81.08
Litauen 100 Litas	41.63	41.71	41.63	41.71
Norwegen 100 Kronen	61.43	61.55	61.14	61.26
Oesterreich 100 Schill.	48.95	49.05	48.95	49.05
Polen 100 Zloty	47.00	47.10	47.03	47.13
Portugal 100 Escudo	11.09	11.11	11.04	11.06
Rumänien 100 Lei	2.488	2.492	2.488	2.492
Schweden 100 Kron	63.02	63.14	62.72	62.84
Schweiz 100 Franken	80.72	80.88	80.72	80.88
Spanien 100 Peseten	33.85	34.01	34.06	34.12
Tschechoslowakei 100 Kr	10.40	10.42	10.40	10.42
Türkei 1 türk. Pfd	1.976	1.980	1.976	1.980
Ungarn 100 Pengö	—	—	—	—
Uruguay 1 Gold-Peso	1.049	1.051	1.049	1.051
V.St.v.Amerika 1 Doll.	2.507	2.513	2.483	2.497

Zahlungsverkehr mit dem Saargebiet.

Besser in etwa zwei Wochen direkt zahlen.

Der Zahlungsverkehr mit dem Saargebiet, das bisher auf französischer Seite an der deutsch-französischen Verrechnung beteiligt war, wickelte sich in der letzten Zeit außerordentlich stockend ab. Durchschnittlich wurde französischerseits die Auszahlung der Ueberweisungen deutscher Schuldner zwei bis drei Monate verzögert, weil das Office Franco-Allemand verhältnismäßig langsam arbeitete. Nach dem deutschen Abstimmungserfolg wird nun binnen kurzem die Rückgliederung der Saar auch in zahlungspolitischer Hinsicht vollzogen und damit auch ein ungehinderter Zahlungsverkehr gewährleistet.

So ergibt sich für die deutschen Importeure die Frage, ob sie die an sich fälligen Forderungen heute noch den saarländischen Gläubigern über das deutsch-französische Clearing überweisen wollen oder ob sie nicht besser versuchen, sich mit ihren saarländischen Geschäftsfreunden, die ein Interesse daran haben, ihre Zahlungen ohne die oben erwähnte Verzögerung zu erhalten, dahin zu einigen, daß sie die Forderungen erst in etwa zehn bis vierzehn Tagen einzahlen, nachdem die wirtschaftliche Rückgliederung der Saar erledigt ist. Auf diese Weise wird eine wesentliche Beschleunigung der Ueberweisungen erreicht.

Dortmunder Aktienbrauerei AG., Dortmund.

In der Hauptversammlung berichtete die Verwaltung über eine weitere Steigerung des Bierabsatzes seit Beginn des neuen Geschäftsjahres. In Erwartung einer weitern Absatzbelebung habe man sich auch in diesem Jahre rechtzeitig mit Rohstoffen versorgt. Die Eindeckung sei in den besten Qualitäten und zu normalen Preisen möglich gewesen. Die Vorräte reichten bis Anfang nächsten Jahres. In der Mälzerei sollen noch Verbesserungen und Ausbauten vorgenommen werden. Die Verwaltung gab der Erwartung Ausdruck, daß im Frühjahr mit der Herabsetzung der Reichsbiersteuer und der Beseitigung der Gemeindebiersteuer Ernst gemacht werde. Von diesen Maßnahmen sei eine weitere Konsumerhöhung zu erwarten. Unter dem üblichen Vorbehalt könne auch für das laufende Geschäftsjahr wieder mit einem zufriedenstellenden Ergebnis gerechnet werden. Die Dividende von wieder 10 Proz. ist am 17. Januar zahlbar; ausgezahlt werden bekanntlich nur 8 Proz., während 2 Proz. für den Anleihestock verwandt werden. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Dr. Theodor Mauritz (Düsseldorf), widmete dem verstorbenen Vorstandsmitglied Direktor C. H. Mauritz und dem gestern verschiedenen Aufsichtsratsmitglied Friedrich Lehmkuhl ehrende Worte des Gedenkens.

Erprobung heimischer Treibstoffe.

Große technische Prüfungsfahrt im Februar.

Im Februar d. Js. beginnt eine große technische Prüfungsfahrt, die der Erprobung heimischer Kraftstoffe dienen und damit gleichzeitig weitere interessante Aufschlüsse hinsichtlich der Möglichkeit der Umstellung des Kraftverkehrs auf heimische Treibmittel zur Folge haben wird. Die Fahrt dauert etwa 6 Wochen bei einer Fahrtstrecke von 20—30 000 km. Der leichteren Durchführung wegen wird sich die Fahrt um einen Sammelpunkt bewegen und teilweise auf der Avus, teilweise auf anliegenden Ueberlandstrecken sowie im Stadtgebiet durchgeführt werden. Zur Teilnahme an der Prüfung sind vorgesehen: Fahrzeuge mit festen Treibstoffen (Generatorenbetrieb) und Fahrzeuge mit Diesel- oder Dampfbetrieb, sofern sie mit heimischen Stoffen betrieben werden. Die Organisation der technischen Prüfungsfahrt liegt in Händen der Automobil- und Flugtechnischen Gesellschaft im Verein Deutscher Ingenieure.

Märkte.

Schweinemarkt in Lehrte.

‡ **Lehrte,** 15. Januar. Auftrieb: 1182 Ferkel und 183 Läuferschweine. Es kosteten im Großhandel: Ferkel (Durchschnittsqualität): 4—6 Wochen alt bis 10,50 Mk., von 6—8 Wochen 11 bis 14 Mk., von 8—12 Wochen 15 bis 22 Mk. Läuferschweine: 3—4 Monate alt 23 bis 29 Mark, 4—5 Monate alt 30 bis 42 Mk. Marktverlauf: Sehr langsam; bei schweren Ferkeln und Läufern insbesondere gedrückt.

Dortmunder Zucht- und Faselviehmarkt.

× **Dortmund,** 16. Jan. Auftrieb: Großvieh 468, Kälber 65, Schweine 176. Der Handel war in guten Tieren rege, sonst mittel. Es kosteten: Milchkühe: a) 400—430, b) 350—390, c) 300—340; Rinder 240—350. Beste Tiere über Notiz. Sämtliches zum Markt aufgetriebenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden. Am Schweinemarkt war der Handel ruhig. Es kosteten: Ferkel: 6—8 Wochen alt 14—18, 8—10 Wochen alt 19 bis 22, 10—12 Wochen alt 23—29 M. Der nächste Markt findet am 23. Januar statt.

Osnabrücker Zucht- und Nutzviehmarkt.

⊙ **Osnabrück,** 16. Jan. Auftrieb: Schweine 687, Rinder 235. Es kosteten: Milchkühe: a) 330—370, b) 300 bis 330, c) 260—300, d) 210—240; tragende Rinder: a) 300—340, b) 270—300, c) 230—270, d) 170—230; Schweine 6—8 Wochen alt 10—13, 8—13 Wochen alt 13—17; Läuferschweine 15—20. Marktverlauf: Schweine langsam; Rindvieh gut. Der nächste Markt findet am 23. Januar statt.

Metalle.

Berlin, 16. Jan. **Elektrolytkupfer** (Wirebars) 39,50 M für 100 kg netto cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam. Aluminium 98-99 kg Bl. 144, Aluminium i. Walzo. Dr. 148, Reinnickel 98-99 kg 270, Silber in Barren 900 t 44,25—47,25.

Berliner Getreidegroßmarkt

vom 16. Januar 1935.

Amtliche Preise in Mark, bei Getreide und Oelsaaten für 1000, bei Mehl und Kleie für 100 kg, sonst für 50 kg.

Weizen, märk., Durchschnittsqualität: 76/77, frei Berlin 207.00

ges. Erzeugerpreis, Preisgebiet	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	196.00	197.00	198.00	199.00	201.00	203.00

Roggen, märk., Durchschnittsqualität: 71/73, frei Berlin 168.00

ges. Erzeugerpreis, Preisgebiet	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	156.00	157.00	158.00	159.00	161.00	163.00

Gerste, feln. Braugerste, neue, fr. Berlin	215.00—220.00	ab märk. Station . .	—
ab märk. Station . .	206.00—211.00	Wintergerste, vierz.*) .	—
gute, frei Berlin . .	207.00—212.00	ab märk. Station . .	—
ab märk. Station . .	196.00—203.00	Industriegerste (Sommergerste), frei Berlin .	203.00—206.00
Wintergerste, zweiz.*)	—	ab märk. Station . .	194.00—197.00

*) Zu Industriezwecken.

Futtergerste, 59/60

ges. Erzeugerpreis, Preisgebiet . . .	V	VI	VII	VIII	IX
	156.00	157.00	158.00	162.00	164.00

Bei Lieferung von Sommer-Futtergerste kommt ein weiterer Aufschlag von 5 Mk. je Tonne hinzu.

Hafer, märk., Durchschnittsqualität 48/49

ges. Erzeugerpreis, Preisgebiet	IV	VII	X	XI	XIII	XIV
	150.00	154.00	157.00	158.00	162.00	164.00

Weizenmehl, Type 790

Preisgebiet	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	26.65	26.80	26.95	27.10	27.40	27.70

10 % Auslandweizen — 1.50 Mk. Aufgeld, — 20 % Auslandweizen — 3.00 Mk. Aufgeld.

Roggenmehl, Type 997

Preisgebiet	V	VI	VII	VIII	IX	XI
	21.65	21.75	21.90	22.05	22.35	22.65

Raps . . . . . — | **Leinsaat** . . . . . —

Weizenkleie, Preisgebiet . | V | VI | VII | VIII | IX | XI
| | 11.30 | 11.35 | 11.40 | 11.45 | 11.55 | 11.70

Roggenkleie, Preisgebiet . | V | VI | VII | VIII | IX | XI
| | 9.75 | 9.80 | 9.90 | 9.95 | 10.10 | 10.20

Viktoriaerbsen	34.0—35.5	Seradelle, neue ungereinigt*)	21½—22½	Sojabohnenschr. 45% a. Hbg*)	6.50
Speise- „ kleine	—	Seradelle, neue gereinigt*)	21¾—22¾	45% a. Stettin*)	6.70
Peluschken	—	Leinkuchen, 37%	7.65	Kartoffelflocken	
Ackerbohnen**)	14—15	Erdnußkuch. 50%	7.25	Partf. wagg. Stolp	9.25
Wicken	—	Erdnußkuchenm.	7.60	Kartoffelflocken	
Lupinen, blaue*)	9.75-10.25	Trockenschnitzel	4.41	waggonfrei Berlin	9.80
Lupinen, gelbe	13—14				

Einschl. Monopol-Zuschlag 1) 1.30, 2) 1.45, 3) 1.55, 4) 1.55, *) Ost- und Westpreußische Station, **) Ostpreußische Station.

Bremen: Baumwolle

	16. 1. Brief	16. 1. Geld	16. 1. bez.	15. 1. Brief	15. 1. Geld	15. 1. bez.
Loco	14.56			14.65		
Jan.	—	—	14.04	—	—	14.16
März	14.25	14.22	14.24	14.37	14.34	14.36
Mai	14.72	14.71	14.71	14.78	14.74	14.78
Juli	—	14.71	14.71	—	14.68	14.85
Okt.	—	—	—	—	—	—
Dez.	—	—	—	—	—	—

Liverpool: Ostind. Baumw.

	16. 1.	15. 1.
Loco Surtee	6.64	6.72
„ Broach	5.81	5.89
„ Punjab/A.	5.85	5.93
„ Centr. Pr.	5.85	5.89
„ Beng. F. G.	3.98	3.98
„ Beng. Sup.	4.18	4.18
„ Sind F. G.	3.98	3.98
„ Sind Sup.	4.18	4.18

Liverpool: Baumwolle

	16. 1.	15. 1.
Loco	7.08	6.17
Januar	6.84	6.90
Februar	6.83	6.89
März	6.82	6.88
April	6.80	6.86
Mai	6.79	6.85
Juni	6.77	6.83
Juli	6.76	6.82
August	6.71	6.78
September	6.68	6.75
Oktober	6.65	6.71
November	6.64	6.70
Dezember	6.64	6.69
Januar	6.63	6.69
März	6.63	6.69
Mai	6.62	6.68
Juli	6.61	6.67
Oktober	6.57	6.63
Januar	—	—

New Orleans: Baumwolle

	16. 1.	15. 1.
Loco	12.62	12.56
Januar	12.25—30	12.18
März	12.42	12.35—36
Mai	12.45—47	12.40—42
Juli	12.46	12.41
Oktober	12.36	12.25
Dezember	12.31	12.31

Tagesimport | 600 | 5700

Notierungen für Sakellaridis u. Upper F.G.F.

	16. 1. Sak.	Up.
Januar	8.66	7.75
März	8.62	7.68
Mai	8.63	7.65
Juli	8.65	7.51
Oktober	8.60	7.47
November	8.60	7.47
Januar 36	8.60	7.43
Loco	9.00	8.00

New Yorker Baumwollkurse

	16. 1.	15. 1.
Loco	12.60	12.55
Januar	12.34	12.29
Februar	12.38	12.33
März	12.43	12.38—39
April	12.45	12.40
Mai	12.47	12.43
Juni	12.47	12.42
Juli	12.48	12.41
August	12.36	12.26
September	12.32	12.25
Oktober	12.27	12.29—30
November	12.29	12.32
Dezember	12.31	12.35

Geschätzte Totalzufuhren . .	—
Baumwollzufuhr in Atl. Häfen	1000
Baumwollzufuhr in Golf-Häfen	4000
Zufuhren in Pacific-Häfen . .	30000
Export nach England	11000
Export n. d. übrig. Kontinent	4000
Export nach Japan u. China .	22000
Fracht nach Liverpool	—
Fracht für Standard	—
Export n. Kanada u. Mexiko	—

Die Hilfe für die Kleinrentner.

Neue Ausführungsbestimmungen. – Auslegung im Zweifel zugunsten der Kleinrentner.

Das Gesetz über Kleinrentnerhilfe vom 5. Juli 1934 hat bekanntlich wichtige Verbesserungen auf dem Gebiete der Kleinrentnerfürsorge gebracht und die dringendsten Wünsche der Kleinrentner erfüllt. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 23. August 1934 stellte eine Reihe von Zweifelsfragen klar, die bei der praktischen Durchführung des Kleinrentnergesetzes aufgetreten waren. Dem gleichen Zweck dient ein soeben ergangener Erlaß der beiden Reichsminister an die Länder (IIb 11 135/34). Hierin kommt nochmals ganz klar zum Ausdruck, daß das Gesetz wohlwollend durchzuführen ist. Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß in Zweifelsfällen die gesetzlichen Vorschriften zugunsten der Kleinrentner auszulegen sind.

Aus den Einzelheiten des Erlasses sei folgendes erwähnt:

Für den Nachweis eines Vermögens von mindestens 12 000 Mark am 1. Januar 1918 kommt nur das in inländischer Währung angelegte Kapitalvermögen in Betracht. Wenn das Vermögen in Wertpapieren bestand, können nur inländische Wertpapiere berücksichtigt werden.

Ausländische Wertpapiere kommen nur dann in Betracht, wenn diese Papiere auf deutsche Währung lauteten und daher ebenfalls der deutschen Geldentwertung zum Opfer gefallen sind. Die in den abgetrennten Gebieten begebenen deutschen Wertpapiere zählen selbstverständlich zu den inländischen Wertpapieren.

Der Berechnung der Wertpapiere ist der Nominalwert zugrunde zu legen. Zum Kapitalvermögen zählen auch Ansprüche aus Lebens- und Kapitalversicherungen, die am 1. Januar 1918 noch nicht fällig waren. Das gleiche gilt für Rentenversicherungen, wenn an dem genannten Tage noch kein Rentenbezug eingetreten war, und der Kapitalwert der Rechte auf eine lebenslängliche Rente.

Hat der Antragsteller am Stichtag außer dem gesetzlichen Mindestkapitalvermögen noch Grund- oder Betriebsvermögen besessen, so sind bei der Feststellung des reinen Vermögens die Schulden bei den Vermögenswerten abzuziehen, mit denen die Schulden in einem wirtschaftlichen Zusammenhang stehen.

Vielfach ist es schwierig, das Vorhandensein des vorgeschriebenen Vermögens am 1. Januar 1918 durch Urkunden nachzuweisen. In diesen Fällen hat der Kleinrentner das Recht, den Nachweis auch auf eine andere Art, z. B. durch Vorlage von Briefen usw., zu führen. Es genügt auch, daß glaubhaft nachgewiesen wird, daß das Mindestvermögen in der Zeit vor und nach dem Stichtag vorhanden war. Allerdings genügt nicht der bloße Besitz und die Vorlage von Geldnoten, die vor dem 1. Januar 1918 zur Ausgabe gelangt sind.

Die Milcherzeugung.

Vermehrte Anlieferung in den Werkmilchgebieten.

lung der Milchmärkte verschiedentlich zu einer Einschränkung der Kuhhaltung geführt. Diese wird jedoch in ihrer Auswirkung auf das Gesamtmilchaufkommen erheblich überschätzt. Das im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung auf den Trinkmilchmärkten durchgeführte Verbot des Selbstmarktens führte nämlich teilweise zu einer Verlagerung der Milcherzeugung der städtischen Kuhhaltungen in Betrieben mit mehr landwirtschaftlicher Bodennutzung und vermehrter Eigenfuttergewinnung. Besonders in den dicht besiedelten Verbraucherbezirken gab es eine Menge städtischer und landwirtschaftlicher Milcherzeuger, deren Milchproduktion fast ausschließlich auf den Zukauf von Futtermitteln aufgebaut war. Die marktregelnden Maßnahmen und die erhöhten Rauhfutter- und Oelkuchenpreise zwangen diese Betriebe, sich einer veränderten Wirtschaftsweise anzupassen. Diese Entwicklung ist aber im Interesse einer gesteigerten Nahrungsfreiheit Deutschlands durchaus wünschenswert, wenn auf der anderen Seite in den marktentfernteren Gebieten ein entsprechender Ausgleich des Milchausfalls durch Mehrerzeugung erfolgte. Der Rückgang der Milcherzeugung in den Wirtschaftsgebieten mit großem Trinkmilchverbrauch kann also nur im Zusammenhang mit der Entwicklung des Milchaufkommens in den marktabseits gelegenen, also den Werkmilchgebieten, beurteilt werden.

Wenn die Ergebnisse der letztjährigen Erzeugungserhebungen auch erst in einigen Wochen zur Verfügung stehen, so kann doch schon heute auf einige Momente hingewiesen werden, die die Entwicklung des deutschen Milch- und Butter-Aufkommens in einem günstigeren Licht erscheinen lassen. Die Witterungsverhältnisse in den Herbstmonaten waren im Gegensatz zum Sommer überaus günstig. Die Herbstweide entwickelte sich daher im ganzen Reichsgebiet sehr gut. Ebenso brachten die Stoppelsaaten überall gute bis sehr gute Erträge und die Maisernte fiel besonders in Süddeutschland recht gut aus. Dadurch waren die Milchleistungen vielfach höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, so daß bereits ein Teil des Milchausfalls vom Frühsommer im Herbst wieder ausgeglichen wurde. Auch ermöglichte das warme Wetter einen längeren Weidegang, so daß die Stallfütterung im allgemeinen 14 Tage später und in Süddeutschland sogar 4 Wochen später als im Vorjahr einsetzte.

Neben den Dürreerscheinungen und dem teilweise damit verbundenen vermehrten Viehabstoß hat die Regeferneren Gebieten ein entsprechender Ausgleich des Milchausfalls durch Mehrerzeugung erfolgte. Der Rückgang der Milcherzeugung in den Wirtschaftsgebieten mit großem Trinkmilchverbrauch kann also nur im Zusammenhang mit der Entwicklung des Milchaufkommens in den marktabseits gelegenen, also den Werkmilchgebieten, beurteilt werden.

Die Marktordnung in der Milchwirtschaft hat aber bewußt eine Erhöhung der Werkmilchpreise seit Beginn ihres Bestehens vorgesehen und diese auch erreicht, indem die Verwertung der Werkmilch im Reichsdurchschnitt um etwa 2,5 Pfg. je Liter gesteigert wurde. Die Auszahlung der von der Trinkmilch erhobenen Ausgleichsbeträge in den Werkmilchgebieten hat vielfach in den letzten Monaten zu einer weiteren Erhöhung des Auszahlungspreises an den Bauern geführt. Dieser Mehrpreis bedeutet aber einen Anreiz zur Mehrerzeugung, der sich in den ausgesprochenen Werkmilchgebieten Deutschlands bereits sichtbar ausgewirkt hat. Stichererhebungen über die Entwicklung des Milchaufkommens bei einer Reihe von repräsentativen Molkereien ergaben fast durchweg eine Vermehrung der angelieferten Milch in den Werkmilchgebieten. So wurde in Vor- und Hinterpommern, Kurhessen, im Sauerland, im rheinischen Höhengebiet, in Württemberg und Baden in den Herbstmonaten eine Mehranlieferung von 5—20 v. H. bei solchen Molkereien festgestellt, deren Lieferantenzahl gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben ist.

Den Auswirkungen der Dürre und der betriebswirtschaftlichen Umstellungen in den vorwiegend städtischen Bezirken steht also eine gegenteilige Bewegung der Milcherzeugung in den Werkmilchgebieten entgegen. Diese Mehrerzeugung von Milch ist geeignet, in erheblichem Maße einen Ausgleich zu schaffen. Auf weitere Sicht gesehen, wird sogar der gebesserte Milchpreis und die dadurch hervorgerufene Erzeugungssteigerung einen bedeutenden Anteil in der Erzeugungsschlacht und in der deutschen Fettversorgung haben.

Anzeigenteil

Angebote

Suche für sofort oder spät. ein tücht.
Mädchen
für Küche u. Haushalt (Geschäft).
Offerten unt. L B an die Münsterländische Volkszeitung, Rheine.

Gesucht wird zum 1. Febr. ein kath. ehrl. 1257
Mädchen
von 14—16 J., für landw. Haushalt, bei Fam.-Anschluß. Offert. unter B an die Buchhandlung Gerlino, Greven.

Mädchen
nicht unter 18 J., für Haus u. Landwirtschaft, mit Erfahrung im Melken, bei Fam.-Anschl. z. 1. 2. 35, gesucht. [260
Wilh. Holtkamp
Ekel b. Dorsten Nr. 15.

Gesuche

Landwirtssohn, 27 J. alt, l. Stellg. a.
Fuhr- oder Ackerknecht
z. 1. 3. od. 1. 4. Angeb. erb. unter Z 15 an d. Allg. Zeitung, Coesfeld.

„Zeno-Zeitung"
Dein Heimatblatt

Inseriert im ZENO-Anzeigenteil!

Jetzt ist die richtige Zeit für eine Kur mit dem deutschen Erzeugnis
Scotts Emulsion
Das natürliche vitaminreiche Kräftigungsmittel für Kinder und Erwachsene, nach Krankheiten unentbehrlich. Verlangen Sie Scott in der Versuchspackung mit Wertscheck über 20 g in Apotheken u. Drogerien.

Ein Gedanke! Werbung ist nicht „zu teuer"!



Vielleicht denken Sie: „Werben — das heißt: mit den Tausendern nur so um sich werfen!"

Aber da irren Sie.

Werben heißt einfach: etwas für sein Geschäft tun — sagen, was man zu verkaufen hat — davon überzeugen: „Bei mir sind Sie gut bedient!"

Und wer das mit Verstand tut, braucht garnicht unbedingt viel Geld dazu.

Nicht werben: das frißt am Geldbeutel! Aber wirksam werben: das füllt ihn!

Jawohl, Werbung hilft jedem,

wenn man mit Fleiß und Vorbedacht es richtig macht!

Existenz.
Metzgerei
zu verkaufen.
Erforderlich 1500—2000 Mk. Miete: Ladenlokal, Wurstküche, 4-Zimmer-Wohnung, 60.- RM. Hauptltr. Schnell entschloss. Käufer wollen sich melden.
Brenne, Gelsenkirchen, Adolf-Hitler-Straße 28.

Bedienen Sie sich der Klein-Anzeige in der Zeno-Zeitung.